

EILBRIEF

8. November 2010

Betreff: Nakba-Ausstellung in der Stadtbibliothek

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Salomon,

als Verantwortliche für Inhalt und Konzeption der Wanderausstellung „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser“ sehe ich mich veranlasst, zu Ihrer Absage der Ausstellung in der Stadtbibliothek Freiburg Stellung zu nehmen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie bei Ihrer Entscheidung nicht gut beraten worden sind. Dafür spricht jedenfalls der Inhalt Ihrer Presseerklärung vom 4. November. Ich möchte Ihnen deshalb den Ausstellungskatalog zukommen lassen, der alle Texte, Karten, Tabellen und Fotos der Ausstellung einschließlich der Quellenangaben und unserer Motivation enthält.

Ein Auszug daraus: „Die aus der Ermordung von Millionen Juden im Nationalsozialismus erwachsene deutsche Schuld hat dazu geführt, dass Gesellschaft, Politik und Medien ganz überwiegend das israelische Verständnis dieses Zeitabschnitts verinnerlicht haben. Dadurch wurde der Blick auf das Leid des palästinensischen Volkes verstellt. Die Thematisierung der Flucht und Vertreibung dieser Menschen, erst recht ihrer Forderungen nach Rückkehr und Entschädigung, gilt bis heute vielfach als Tabubruch. Wir sind aber überzeugt, dass ohne die Kenntnis und ohne eine gebührende Anerkennung dieser Seite des Konflikts Aussöhnung, Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten keine Chance haben werden. Mit unserer Ausstellung wollen wir hierzu einen Beitrag leisten.“

Dies ist unsere Intention, auf deren Grund die Erarbeitung und Anfertigung der Nakba-Ausstellung auch von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg und vom Evangelischen Entwicklungsdienst gefördert wurde.

An keiner Stelle werden in der Ausstellung, wie in Ihrer Presseerklärung unterstellt, einseitige Schuldzuweisungen vorgenommen oder Freund-Feind-Schemata gefördert. Vielmehr werden sachlich und ohne Bewertungen vorzunehmen, Fakten zusammengetragen, die nicht nur von palästinensischen und deutschen, sondern seit den 1980-er Jahren insbesondere von israelischen Autoren nach der Öffnung der einschlägigen Archive publiziert worden sind und die in der Tat eine neue historische Bewertung der Geschehnisse um 1948 nötig machen.

Im Folgenden meine Stellungnahme zu Ihrer Presseerklärung im Detail:

Anschrift :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Birnenweg 2 :: 72793 Pfullingen :: Tel +49 7121 78556

Fax +49 7121 5316633 :: www.lib-hilfe.de :: info@lib-hilfe.de

Spendenkonto :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Volksbank Reutlingen :: Kto. 6 337 007 :: BLZ 640 901 00

IBAN DE02 6409 0100 0006 3370 07 :: BIC VBRTDE6R

Es wird dort behauptet, die palästinensischen Araber kämen als verantwortlich und aktiv Handelnde in der Ausstellung nicht vor. Tatsächlich wird sowohl auf den palästinensisch-arabischen Widerstand in den 1930-er Jahren als auch auf die Beteiligung der palästinensischen und arabischen Freischärler am Bürgerkrieg in Palästina vor der Ausrufung des israelischen Staates im Mai 1948 eingegangen, u.a. mit dem Hinweis, dass Ende 1947 bereits 205 jüdische Opfer zu verzeichnen waren. Auch die Rolle der arabischen Staaten vor und während des Mitte Mai 1948 beginnenden ersten israelisch-arabischen Krieges wird dargelegt.

Des Weiteren wird lt. Pressemitteilung vermisst, dass keine Rede sei von den „antisemitisch motivierten Pogromen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und vor allem nach 1945 in den jüdischen Siedlungsgebieten des arabischen Raumes“. Von arabischen Pogromen in der Mitte des 19. Jahrhunderts ist mir nichts bekannt, hier bitte ich deshalb um genauere Informationen. Der politische Druck auf die jüdische Bevölkerung in den arabischen Staaten wuchs in der Tat nach 1948 unter dem Eindruck der Teilung Palästinas und der Flucht und Vertreibung Hunderttausender Palästinenser stark an. Dieser Druck und damit die Auswanderung zahlloser Juden aus den arabischen Ländern nach Israel war so die Folge, nicht aber die Ursache der politischen Entwicklung in Palästina. Auch darauf wird in der Ausstellung hingewiesen.

Weiterhin wird kritisiert, dass die Tatsache, Hitlerdeutschland habe die Gründung des Staates Israel verhindern wollen, nicht erwähnt werde. Tatsächlich war die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina vor der Befreiung vom Nazi-Regime auch auf internationaler Bühne kein Thema. Die Teilung Palästinas und damit die Schaffung eines jüdischen Staates wurde vielmehr erst im November 1947 wesentlich unter dem Eindruck des Holocaust von der Generalversammlung der Vereinten Nationen entschieden. Selbst die ehemalige Mandatsmacht Großbritannien stimmte dabei nicht für die Staatsgründung Israels.

Beanstandet wird zudem der fehlende Hinweis auf die Zusammenarbeit zwischen Hitlerdeutschland und dem „geistigen und politischen Führer und Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin Al-Husseini“. Dass sich Al-Husseini spätestens unter dem Eindruck des deutschen Nationalsozialismus ab seinem Deutschlandaufenthalt zwischen 1941 und 1945 zum Antisemiten entwickelt hat und er deshalb eine politisch inakzeptable Figur ist, steht außer Frage. Richtig ist auch, dass Al-Husseini in der Ausstellung nicht erwähnt wird. Dies deshalb, weil sich die politischen Ereignisse in Palästina ab November 1947 auch ohne ihn im Grundsatz nicht anders entwickelt hätten. Wie schwach die politische Führungskraft Al-Husseinis war, zeigt sich u.a. darin, dass er bei Ausbruch des Bürgerkrieges im Dezember 1947 nur 2000 bis 3000 Freischärler für seine Miliz gewinnen konnte, bei einer Bevölkerung von über 1,2 Millionen Palästinensern. Wie wenig Resonanz er bis heute in der palästinensischen und arabischen Welt hat, wird darin deutlich, dass weder Denkmale und Institutionen noch Plätze und Straßen oder Milizen ihm zu Ehren benannt sind. Nirgends ziert sein Konterfei, wie es sonst Brauch ist, die arabischen Straßen. Es waren im übrigen nicht die Palästinenser, sondern die britische Mandatsmacht, die Al-Husseini von 1921 bis 1937 zum Mufti von Jerusalem gemacht haben.

Die Forderung, die PLO, Hamas und Hisbollah in der Ausstellung zu erwähnen und auch die 60 Jahre seit Ende des ersten israelisch-arabischen Krieges in die Ausstellung aufzunehmen,

muss nicht kommentiert werden. In dem Fall hätte die Ausstellung den Vermerk „Thema verfehlt“ verdient. Der Inhalt der Ausstellung ist wie der Titel „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ deutlich macht, auf nur einen Aspekt des Nahostkonflikts gerichtet, nämlich die Zeit der Nakba und alles, was direkt mit ihr im Zusammenhang steht wie z.B. die Entstehung des Zionismus und die heutige Situation der palästinensischen Flüchtlinge.

Die Forderung am Schluss der Presseerklärung, dass Auschwitz sich nicht wiederholen darf, ist so selbstverständlich, dass damit sicherlich nicht mir als Urheberin der Ausstellung und den fast 60 bisherigen Ausstellungsveranstaltern bzw. –raumgebern wie Volkshochschulen, kirchlichen Bildungseinrichtungen, Gewerkschaftshäusern, Gemeindehäusern und renommierten öffentlichen Institutionen oder auch den Zuschussgebern eine gegenteilige Gesinnung unterstellt werden soll. Davon gehe ich jedenfalls aus.

Die Vorwürfe aus der Presseerklärung sind damit sämtlich haltlos. Ich möchte Sie deshalb herzlich bitten, den beiliegenden Ausstellungskatalog ohne Vorbehalte zu lesen. Vielleicht können Sie dann doch noch zu einer Revision Ihrer Entscheidung kommen. Ich werde den Ausstellungskatalog noch heute Ihrem Büro für alle Gemeinderäte der Stadt Freiburg zukommen lassen und bitte Sie um Weitergabe.

Mit freundlichen Grüßen

Ingrid Rumpf, 1. Vorstand
irumpf@lib-hilfe.de

PS. Noch eine Bemerkung zu Ihrem Mitarbeiter im Pressereferat, der für die Veröffentlichung des Freiburger Amtsblattes zuständig ist: Wer wie er, Überlebende des Holocaust wie die 86-jährige Hedy Epstein, nur weil sie anderer Meinung sind als er, in die Nähe des Terrorismus rückt und Nachkommen von Überlebenden wie Evelyn Hecht-Galinski als „benutzte Jüdin“ verunglimpft, diskreditiert sich selbst und hat seine Kompetenz für eine sachliche Beurteilung von Aspekten des Nahostkonflikts verwirkt.